

Ausgabe November 2026

SVPkonkret

Mitteilungsblatt der SVP des Kantons Luzern | www.svp-lu.ch

BUNDESRATSWAHLEN: «WIR BRAUCHEN MUTIGE ENTSCHEIDER!»

Bundesrat Albert Rösti blickt auf ein herausforderndes Jahr zurück. Im Gespräch äussert er sich zur Energieversorgung, zu den Werten der Schweiz und zu den bevorstehenden Bundesratswahlen.

Herr Bundesrat, das Jahr 2026 neigt sich bereits wieder dem Ende zu. Was hat Sie besonders gefreut.

Besonders gefreut hat mich, dass das Parlament im Juni mit einer klaren Mehrheit dem Gegenvorschlag zur Blackout-Initiative zugestimmt hat. Damit sollen künftig wieder Kernkraftwerke geplant und gebaut werden können. Nun kommt es im Februar zur Volksabstimmung. So gehört es sich in der Schweiz: Am Schluss entscheidet das Volk.

Was wird die Schweiz im Jahr 2027 besonders beschäftigen?

Wir müssen uns wieder stärker auf die Werte besinnen, die unser Land gross und erfolgreich gemacht haben. Wir leben in einer im wahrsten Sinne des Wortes «ver-rückten» Welt. Wenn wir die vielen Konflikte betrachten, können wir dankbar sein, dass die Schweiz bisher davon verschont geblieben ist.

Uns geht es nach wie vor sehr gut. Wir gehören weltweit zu den innovativsten Ländern. Demokratie und Eigenverantwortung zeichnen die Schweiz aus. Gerade angesichts der weltweiten Entwicklungen ist es entscheidend, dass wir als Land eigenständig und stark bleiben.

Bald stehen Bundesratswahlen an. Ich frage bewusst nicht nach Namen, Geschlecht oder Kanton. Welchen Charakter und welche Fähigkeiten braucht es jetzt im Bundesrat?

Es braucht jemanden, der fähig und mutig genug ist, Entscheide zu treffen. Schlimm sind Bundesräte, die nicht entscheiden können. Als Bundesrat muss man praktisch täglich Entscheidungen fällen.

Man muss standhaft und resilient sein und Kritik von innen wie von aussen ertragen können. Ein SVP-Bundesrat soll zudem die Grundwerte seiner Partei ins Gremium einbringen. Selbstverständlich muss auch ich die Entscheide des Gesamtbundesrates mittragen. Aber man muss bereit sein, für die eigene Partei und ihre Grundhaltung zu kämpfen. Das braucht Mut, Durchhaltewillen und manchmal auch etwas Glück. Unser Land braucht Entscheide, denn nur so kommen wir vorwärts.

red.



Das Video mit dem ganzen Interview von Bundesrat Albert Rösti ist im Internet auf folgender Website abrufbar:
https://www.youtube.com/watch?v=9yYtvMOL6H8&t=39s

PAROLEN EIDGENÖSSISCHE UND KANTONALE ABSTIMMUNG



EU-VERTRÄGE: WAS LÄUFT IM HINTERGRUND?



30-JAHR-JUBILÄUM DER SVP REIDEN: BUNDESRAT GAB SICH DIE EHRE





NEHMT DENEN IN BERN DAS GELD WEG!

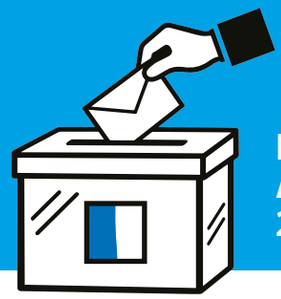
Die AHV-Renten steigen, doch bezahlen soll einmal mehr die Bevölkerung. Während der Bund Milliarden für internationale Verpflichtungen ausgibt, sollen Familien, Rentner und der Mittelstand mit einer höheren Mehrwertsteuer zur Kasse gebeten werden. Für die SVP Kanton Luzern ist klar: Nicht das Volk muss mehr bezahlen, sondern Bern muss endlich sparen!

Die 13. AHV-Rente sollte steigende Krankenkassenprämien, Mieten und Lebenshaltungskosten abfedern. Doch mit der geplanten Mehrwertsteuererhöhung droht ein Teil dieser Entlastung wieder verloren zu gehen. Was der Staat mit der einen Hand gibt, holt er sich mit der anderen zurück.

An der Delegiertenversammlung der SVP Kanton Luzern verwies Nationalrat Franz Grüter auf die hohen Ausgaben des Bundes im Ausland. Allein für die internationale Zusammenarbeit sind 2026 rund 2,5 Milliarden Franken budgetiert – unter anderem für Entwicklungshilfe, humanitäre Programme, Klimaprojekte und die Unterstützung der Ukraine. Bis 2028 sind insgesamt bis zu 11 Milliarden Franken vorgesehen, davon 1,5 Milliarden für die Ukraine und 1,6 Milliarden für Klimamassnahmen.

Die zentrale Frage lautet: Weshalb stellt Bern Milliarden für internationale Verpflichtungen bereit, während die Bevölkerung ihre Altersvorsorge mit höheren Steuern finanzieren soll? Auch Nationalrätin Vroni Thalmann-Bieri kritisierte den fehlenden Sparwillen und forderte: «Nehmt denen in Bern das Geld weg!»

Für die SVP müssen zuerst die Ausgaben und Prioritäten des Bundes überprüft werden, bevor neue Steuern erhoben werden. Die Delegierten lehnten die Mehrwertsteuererhöhung deshalb klar ab. *red.*



KANTONALE ABSTIMMUNG, 29. NOVEMBER 2026

SICHERHEITSZENTRUM ROTHENBURG

JA

Um was geht es?

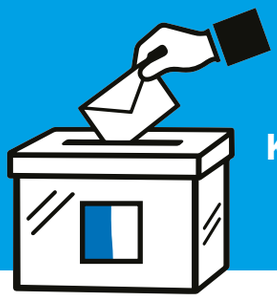
In Rothenburg soll ein neues Sicherheitszentrum für Polizei, Staatsanwaltschaft und weitere kantonale Dienste entstehen. Auch eine gemeinsame Einsatzleitzentrale für mehrere Zentralschweizer Kantone ist vorgesehen. Dafür wird ein Sonderkredit von 276 Millionen Franken beantragt.



Sicherheit braucht eine zeitgemässe Infrastruktur

Die öffentliche Sicherheit gehört zu den wichtigsten Kernaufgaben des Staates. Für die SVP ist deshalb entscheidend, dass Polizei und Sicherheitsbehörden über die notwendigen Mittel und eine zweckmässige Infrastruktur verfügen. Die Anforderungen an die Sicherheitsorgane steigen. Neue Kriminalitätsformen, komplexere Einsätze und das Bevölkerungswachstum verlangen effiziente Abläufe und eine gute Zusammenarbeit. Mit der Zusammenführung verschiedener Dienste können die Einsatzbereitschaft verbessert und organisatorische Synergien genutzt werden.

Kantonsrat Dr. Bernhard Steiner erläuterte den Delegierten die Bedeutung des Projekts für den Kanton Luzern. Für die SVP ist die Investition in die Sicherheit der Bevölkerung gerechtfertigt. Gleichzeitig verlangt sie eine konsequente Kostenkontrolle. Baukosten, Betriebsausgaben und langfristige Verpflichtungen müssen transparent bleiben. Wer Sicherheit ernst nimmt, muss auch bereit sein, in die dafür notwendige Infrastruktur zu investieren. Entscheidend ist, dass die eingesetzten Steuergelder einen klaren Nutzen bringen. *red.*



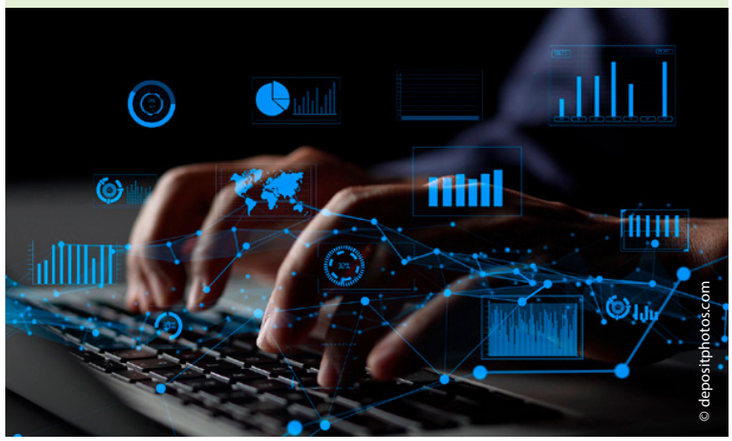
KANTONALE ABSTIMMUNG, 29. NOVEMBER 2026

DIGITALISIERUNG – NEIN ZUR INITIATIVE, JA ZUM GEGENVORSCHLAG

NEIN JA

Um was geht es?

Die Initiative will die Digitalisierung der kantonalen Verwaltung und ihrer Dienstleistungen verbindlich vorantreiben. Der Gegenvorschlag verfolgt ebenfalls das Ziel, digitale Verwaltungsangebote auszubauen, sieht aber eine andere Umsetzung vor.



Digitalisierung ja – aber nicht um jeden Preis

Die SVP unterstützt eine moderne und effiziente Verwaltung. Digitale Dienstleistungen müssen den Alltag von Bevölkerung und Unternehmen tatsächlich vereinfachen. Sie sollen administrative Abläufe beschleunigen, Bürokratie abbauen und langfristig Kosten sparen. Entscheidend ist dabei, dass die Digitalisierung einen konkreten Nutzen bringt und nicht zusätzliche Kosten und staatliche Strukturen schafft.
Kantonsrat Hugo Lötscher erläuterte den Delegierten die beiden Vorlagen. Die SVP unterscheidet klar zwischen der Volksinitiative «Digitalisierung jetzt!» und dem Gegenvorschlag. Während die Initiative aus Sicht der Partei zu weit geht und zusätzliche gesetzliche Verpflichtungen schafft, ermöglicht der Gegenvorschlag eine gezielte und verhältnismässige Weiterentwicklung der digitalen Dienstleistungen. Dabei müssen Datenschutz, Datensicherheit und die Möglichkeit, Behördengeschäfte weiterhin ohne digitale Hürden zu erledigen, gewährleistet bleiben.
Für die SVP steht fest: Digitalisierung darf kein Selbstzweck sein. Sie muss der Bevölkerung und den Unternehmen dienen, Abläufe vereinfachen und die Verwaltung effizienter machen. Deshalb empfiehlt die SVP **Nein zur Volksinitiative «Digitalisierung jetzt!» und Ja zum Gegenvorschlag.** *red.*

ÜBERDECKUNG A2 LUZERN-SÜD

JA

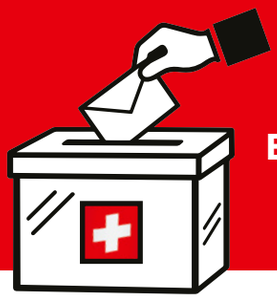
Um was geht es?

Die Autobahn A2 soll im Raum Luzern-Süd auf einem Teilstück überdeckt werden. Damit sollen die Trennwirkung der Autobahn reduziert und die angrenzenden Gebiete aufgewertet werden. Die Vorlage regelt die finanzielle Beteiligung des Kantons Luzern am Projekt.



Verkehrsinfrastruktur stärken und Chancen nutzen

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist für die Bevölkerung und die Wirtschaft des Kantons Luzern von zentraler Bedeutung. Die SVP unterstützt deshalb Projekte, die bestehende Verkehrsachsen sinnvoll weiterentwickeln und langfristig einen erkennbaren Nutzen schaffen. Die geplante Überdeckung der A2 bietet die Chance, die durch die Autobahn getrennten Siedlungsgebiete besser miteinander zu verbinden und den vorhandenen Raum aufzuwerten. Gerade in einer wachsenden Region ist ein sorgfältiger Umgang mit dem verfügbaren Boden wichtig.
Der ehemalige Kantonsrat Dr. Räto Camenisch erläuterte den Delegierten die langfristige Bedeutung des Projekts. Für die SVP ist entscheidend, dass die finanziellen Verpflichtungen des Kantons klar begrenzt bleiben. Grossprojekte dürfen nicht zu unkontrollierbaren Kosten führen. Eine sorgfältige Planung, transparente Finanzierung und konsequente Kostenkontrolle sind deshalb unerlässlich. Die SVP unterstützt die Vorlage, weil sie darin eine langfristige Chance für die Entwicklung des Raums Luzern-Süd sieht. Voraussetzung bleibt ein verantwortungsvoller Umgang mit den Steuergeldern. *red.*



EIDGENÖSSSISCHE ABSTIMMUNG, 29. NOVEMBER 2026

KRIEGSMATERIALGESETZ

JA

Um was geht es?

Die Gesetzesänderung soll die Ausfuhr von Schweizer Kriegsmaterial unter bestimmten Voraussetzungen erleichtern. Der Bundesrat erhält mehr Handlungsspielraum bei Exportbewilligungen. Damit soll die Schweizer Rüstungsindustrie gestärkt und die Verteidigungsfähigkeit gesichert werden.



Eine starke Schweiz braucht eine eigene Rüstungsindustrie

Eine glaubwürdige Landesverteidigung braucht eine leistungsfähige Schweizer Sicherheits- und Rüstungsindustrie. Die SVP unterstützt deshalb die Änderung des Kriegsmaterialgesetzes. Sie stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Unternehmen und trägt zur sicherheitspolitischen Eigenständigkeit unseres Landes bei. Die internationale Sicherheitslage hat sich deutlich verschärft. Gerade deshalb muss die Schweiz ihre Verteidigungsfähigkeit erhalten. Eine eigene Rüstungsindustrie sichert Arbeitsplätze, technisches Wissen und wichtige industrielle Fähigkeiten. Gehen diese verloren, wächst die Abhängigkeit vom Ausland.

Nationalrat Thomas Burgherr erläuterte den Delegierten die Vorlage. Für die SVP ist klar: Neutralität bedeutet nicht Wehrlosigkeit. Wer unabhängig bleiben will, muss auch für die eigene Sicherheit sorgen können. Eine starke Rüstungsindustrie ist dafür unverzichtbar. *red.*

FAIRE BUNDESSTEUERN FÜR EHEPAARE

JA

Um was geht es?

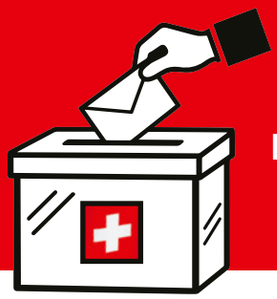
Die Initiative will die steuerliche Benachteiligung verheirateter Paare bei der direkten Bundessteuer beseitigen. Ehepaare sollen weiterhin gemeinsam besteuert werden, aber nicht mehr Steuern bezahlen als vergleichbare unverheiratete Paare. Dieser Grundsatz soll in der Bundesverfassung verankert werden.



Schluss mit der steuerlichen Benachteiligung der Ehe

Wer heiratet, darf steuerlich nicht bestraft werden. Für die SVP ist es nicht akzeptabel, dass der Zivilstand darüber entscheidet, wie stark jemand vom Staat zur Kasse gebeten wird. Gleiche wirtschaftliche Verhältnisse müssen auch steuerlich gleich behandelt werden. Ehe und Familie bilden wichtige Grundlagen unserer Gesellschaft. Ehepaare übernehmen gegenseitig Verantwortung und finanzielle Verpflichtungen. Dieses Engagement darf nicht durch steuerliche Nachteile bestraft werden.

Karin Stadelmann, Kantonalpräsidentin der Mitte Luzern, stellte den Delegierten die Initiative vor. Für die SVP steht die Steuergerechtigkeit im Vordergrund. Die gemeinsame Besteuerung von Ehepaaren soll erhalten bleiben, ohne dass daraus eine Benachteiligung entsteht. Nach jahrzehntelangen Diskussionen ist es höchste Zeit, die Heiratsstrafe zu beseitigen. Die SVP setzt sich für faire Steuern und die Stärkung von Ehe und Familie ein. *red.*



EIDGENÖSSSISCHE ABSTIMMUNG, 29. NOVEMBER 2026

AHV-ZUSATZFINANZIERUNG

NEIN

Um was geht es?

Die Vorlage will die 13. AHV-Rente durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer finanzieren. Der normale Steuersatz soll von 8,1 auf 8,5 Prozent steigen. Damit würden Konsumentinnen und Konsumenten bei ihren Einkäufen stärker belastet.



Die Bevölkerung nicht noch stärker belasten

Die AHV muss langfristig gesichert werden. Doch immer neue Steuererhöhungen sind für die SVP keine nachhaltige Lösung. Die Bevölkerung wird bereits durch steigende Krankenkassenprämien, hohe Wohnkosten und zunehmende Lebenshaltungskosten belastet. Eine höhere Mehrwertsteuer trifft alle, unabhängig vom Einkommen. Besonders Familien, Rentner und der Mittelstand spüren zusätzliche Belastungen unmittelbar im Portemonnaie. Gerade sie dürfen nicht immer wieder zur Finanzierung neuer Staatsausgaben herangezogen werden.

Nationalrätin Vroni Thalmann-Bieri erläuterte den Delegierten die finanziellen Auswirkungen der Vorlage. Für die SVP muss zuerst geprüft werden, wie die bestehenden Mittel effizienter eingesetzt und die Ausgaben besser kontrolliert werden können. Eine Steuererhöhung darf nicht die bequemste Antwort auf finanzielle Herausforderungen sein. Eine sichere Altersvorsorge braucht langfristig tragfähige Lösungen. Die Kaufkraft der Bevölkerung darf dabei nicht weiter geschwächt werden. *red.*

FEUERWERKSINITIATIVE

NEIN

Um was geht es?

Die Initiative will den Verkauf und die Verwendung von Feuerwerk, das Lärm erzeugt, grundsätzlich verbieten. Ausnahmen wären für bewilligte Veranstaltungen möglich. Ziel ist es, Menschen, Tiere und Umwelt vor den Auswirkungen von Feuerwerkslärm zu schützen.



Eigenverantwortung statt immer neuer Verbote

Die SVP setzt auf Eigenverantwortung und gegenseitige Rücksichtnahme statt auf zusätzliche staatliche Verbote. Nicht jedes gesellschaftliche Problem muss mit neuen Vorschriften auf Bundesebene gelöst werden. Feuerwerk gehört für viele Menschen zum Nationalfeiertag und zum Jahreswechsel. Die damit verbundenen Traditionen sollen weiterhin möglich bleiben. Gleichzeitig erwartet die SVP einen verantwortungsvollen Umgang, der auf Menschen, Tiere und Umwelt Rücksicht nimmt.

Kantonalpräsident Martin Wicki erläuterte den Delegierten die Vorlage. Für die SVP reichen die bestehenden Möglichkeiten von Kantonen und Gemeinden aus, um bei Bedarf Einschränkungen zu verfügen und Missbräuche zu verhindern. Ein landesweites Verbot würde die persönliche Freiheit unnötig einschränken. Die SVP vertraut auf die Eigenverantwortung der Bevölkerung und lehnt zusätzliche staatliche Bevormundung ab. *red.*

FRANZ GRÜTER VERZICHTET AUF BUNDESRATSKANDIDATUR – DIE SCHWEIZ BLEIBT SEINE PRIORITÄT

Die Parteileitung der SVP Kanton Luzern hatte Nationalrat Franz Grüter als Bundesratskandidaten empfohlen und ihm ihre volle Unterstützung zugesichert. Nach reiflicher Überlegung hat sich Nationalrat Grüter jedoch gegen eine Kandidatur entschieden. Ausschlaggebend sind für ihn die bevorstehende Auseinandersetzung um die EU-Verträge und seine Familie.

Die Parteileitung bedauert seinen Entscheid, auf eine Kandidatur zu verzichten. Gleichzeitig respektiert sie seine Beweggründe. Für Franz Grüter steht die politische Auseinandersetzung um die neuen EU-Verträge im Vordergrund. Er will sich mit voller Kraft für die Unabhängigkeit, die direkte Demokratie und die Selbstbestimmung der Schweiz einsetzen. Auch seine Familie spielte bei der Entscheidung eine wichtige Rolle.

Franz Grüter, die Parteileitung der SVP Kanton Luzern hat dir das Vertrauen ausgesprochen und dich als Bundesratskandidaten empfohlen. Weshalb hast du dich trotzdem gegen eine Kandidatur entschieden?

«Dieser Entscheid ist mir alles andere als leichtgefallen. Mir ist sehr bewusst, welche grosse Verantwortung das Amt des Bundesrates mit sich bringt. Gerade in der heutigen Zeit, mit den weltweiten Unsicherheiten und den grossen Herausforderungen für unser Land, ist eine starke und weitsichtige Landesregierung von entscheidender Bedeutung. Das Vertrauen der Luzerner Parteileitung hat mich deshalb sehr gefreut und auch bewegt. Nach sorgfältiger Abwägung bin ich jedoch zum Schluss gekommen, dass ich meine Kräfte dort einsetzen will, wo ich für die Zukunft unseres Landes derzeit den grössten Beitrag leisten kann.»

Du sprichst die EU-Verträge an. Weshalb hat diese politische Auseinandersetzung für dich eine höhere Priorität als eine mögliche Wahl in den Bundesrat?

«Bei den neuen EU-Verträgen geht es um eine der wichtigsten staatspolitischen Entscheidungen der kommenden Jahre. Es geht um unsere Unabhängigkeit, unsere direkte Demokratie und darum, wer in Zukunft in der Schweiz das letzte Wort hat. Diese Auseinandersetzung wird enorm viel Zeit, Überzeugungsarbeit und persönliche Energie verlangen. Ich bin überzeugt, dass ich mich hier mit meiner Erfahrung, meinem Netzwerk und meinem politischen Engagement besonders wirkungsvoll einbringen kann. Eine Bundesratskandidatur würde ebenfalls meine volle Aufmerksamkeit beanspruchen. Beides gleichzeitig mit der notwendigen Konsequenz zu verfolgen, wäre nicht seriös. Deshalb habe ich mich entschieden, meine ganze Kraft auf die EU-Verträge zu konzentrieren. Für mich steht nicht ein persönliches Amt im Vordergrund, sondern die Zukunft unserer Schweiz.»



Nationalrat Franz Grüter

red.

EU-VERTRÄGE: WAS LÄUFT HINTER DEN KULISSEN IM BUNDESHAUS?

Zurückgehaltene Gutachten, unvollständig veröffentlichte Reden und fragwürdige Informationspolitik: Rund um die EU-Verträge häufen sich die Ungereimtheiten. Was wird der Schweizer Bevölkerung tatsächlich offengelegt?

Die neuen EU-Verträge betreffen weit mehr als wirtschaftliche Zusammenarbeit. Es geht um unsere Selbstbestimmung, die direkte Demokratie und die Frage, wer künftig in der Schweiz die Regeln bestimmt. Besonders umstritten ist die dynamische Rechtsübernahme. Die Schweiz soll neue EU-Vorschriften grundsätzlich übernehmen. Lehnt sie diese ab, drohen wirtschaftliche Ausgleichsmassnahmen.

Unbequeme Gutachten zurückgehalten

Wie die SonntagsZeitung vom 18. Oktober berichtet, liess das Aussendepartement von Bundesrat Ignazio Cassis zwei Gutachten erstellen. Während eine Analyse veröffentlicht wurde, blieb die kritischere zunächst unter Verschluss. Erst auf Nachfrage der Zeitung wurde sie zugänglich. Darin werden mögliche Gegenmassnahmen der EU als Druckmittel beschrieben. Das EDA begründet die Zurückhaltung mit der damaligen Verhandlungsposition.

Kritische Stimmen verschwinden

Auch die deutliche Rede von Mitte-Ständerätin Heidi Z'graggen gegen die EU-Verträge wurde auf der offiziellen Parlamentsseite zunächst nur unvollständig veröffentlicht. Nationalrat Franz Grüter vermutete dahinter Zensur. Die Parlamentsdienste sprechen von einem technischen Problem. Inzwischen ist die vollständige Rede verfügbar. Auch die Mitte-Ständeräte Beat Rieder, Daniel Fässler und Peter Hegglin äusserten deutliche Kritik am Vertragswerk.

Hat sich Cassis längst Richtung Brüssel verabschiedet?

Das Verhalten von Bundesrat Cassis wirft Fragen auf. Statt die Bevölkerung umfassend und ausgewogen zu informieren, entsteht der Eindruck, dass sein Departement vor allem die Vorteile der EU-Verträge hervorhebt. Kritische Erkenntnisse gelangen teilweise erst auf öffentlichen Druck ans Licht.

Hat sich Cassis politisch bereits so stark Richtung EU festgelegt, dass eine neutrale Informationspolitik auf der Strecke bleibt? Gerade bei einem Vertragswerk mit weitreichenden Folgen müssen auch unbequeme Tatsachen offengelegt werden.

Die Schweizer Bevölkerung hat Anspruch auf vollständige Informationen. Nicht erst auf Druck der Medien. Und schon gar nicht erst nach einer Abstimmung.

red.

30-JAHR-JUBILÄUM DER SVP REIDEN

Am 3. März 1996 wurde im Hotel Kurhaus Richenthal die erste SVP-Ortspartei des Amtes (Wahlkreis) Willisau gegründet. Am 7. Juni 1996 folgte die SVP Langnau und am 23. November 1999 die SVP Reiden. Noch vor der Gemeindefusion schlossen sich diese drei Ortsparteien am 25. Mai 2005 zur SVP Reiden zusammen. Dem Gründerpräsidenten, Alt-Grossrat und Alt-Gemeinderat Bernhard Achermann, ist es gemeinsam mit dem OK gelungen, hochkarätige Persönlichkeiten zum Jubiläumsanlass einzuladen.

Bundesrat Albert Rösti, Kantonsratspräsidentin Angela Lüthold-Siedler und Martin Wicki, Präsident der SVP Kanton Luzern, ehrten mit ihrer Anwesenheit und ihren Referaten das 30-Jahr-Jubiläum der SVP Reiden und machten es zu einem unvergesslichen Erlebnis für alle anderen Gäste.

Gemeinderat Ivo Müller moderierte durch den Abend, welcher auch mit Einlagen der Bläserformation Brassence Reiden musikalisch umrahmt wurde. Kantonsrat Robi Arnold begrüsste alle Gäste und freute sich, dass auch eine grosse Delegation der SVP Oberkirch, welche ebenfalls vor dreissig Jahren gegründet wurde, gemeinsam mit Reiden feiern konnte. Als Gründerpräsident erzählte Bernhard Achermann aus der Geschichte und über Episoden der SVP Reiden in den vergangenen 30 Jahren. Besonders stolz erwähnte er, dass die SVP Reiden 1996 den ersten SVP-Gemeinderat (Präsidenten) des Kantons Luzern in Richenthal stellen konnte und dass seit 1996 bei allen Erneuerungswahlen in den Gemeinderat und den Gross- bzw. Kantonsrat Luzern immer ein Vertreter der SVP Reiden ins Amt gewählt wurde. Dies war nur mit Hilfe vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger möglich, welche immer wieder bereit waren, auch ihrerseits mit Vorstandsarbeit oder in Kommissionen mitzuarbeiten und selber auch Verantwortung mitzutragen.

Alle drei Ehrengäste zeigten in ihren Referaten die Wichtigkeit auf, dass die schweizerische direkte Demokratie die Grundpfeiler des Erfolges, des Wohlstandes, der Sicherheit und unserer Bildungserfolge, auch weltweit, zum Beispiel an den WorldSkills, bildet und darum zu dieser Demokratie Sorge getragen und auch weiterhin dafür eingestanden werden muss.

Bundesrat Albert Rösti sieht aber gerade in der heutigen Zeit, dass die Sicherheit der Energieversorgung der Schweiz in Gefahr geraten kann, wenn einzelne Energietechnologien von immer anderen Gruppierungen verhindert werden können. Er plädiert für Dialog und Offenheit auch für andere Meinungen, aber zu guter Letzt auch immer wieder für einen gut schweizerischen Kompromiss.

Kantonsrat Robi Arnold spricht im Namen der SVP Reiden nochmals allen Beteiligten, Gästen, Tombolaspendern und Helferinnen und Helfern seinen Dank für diesen erlebnisreichen Abend aus. Viele konnten neben den schönen Erinnerungen noch einen oder gar mehrere Preise mit nach Hause nehmen.

Nach einem solch tollen Jubiläum kann die SVP Reiden ruhig die nächsten dreissig Jahre in Angriff nehmen. *red.*



Kantonsrat Robi Arnold, Gründerpräsident Bernhard Achermann, Bundesrat Albert Rösti



Gäste verfolgen die Erinnerungen und Anekdoten von Gründerpräsident Bernhard Achermann.

NATIONALRÄTE IM GESPRÄCH: RÜCKBLICK AUF DIE HERBSTSESSION

Der öffentliche Sessionsrückblick von Franz Grüter und Vroni Thalmann stiess auf grosses Interesse. Am 13. Oktober 2026 durften wir in Eschenbach zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer begrüssen, die sich über die aktuellen politischen Geschäfte und die Entscheide aus Bern informieren wollten.



Vorstand SVP-Eschenbach mit den Nationalräten Vroni Thalmann und Franz Grüter

Solche Veranstaltungen bieten eine wertvolle Gelegenheit, die Bundespolitik aus erster Hand kennenzulernen und gemeinsam darüber zu diskutieren. Denn Politik findet nicht nur im Bundeshaus statt. Die dort gefällten Entscheide haben konkrete Auswirkungen auf unseren Alltag, auf unsere Gemeinden, Familien, Unternehmen und die Landwirtschaft.
Im Mittelpunkt des Abends standen die verschiedenen Geschäfte aus der vergangenen Herbstsession. Besonders intensiv diskutiert wurde das geplante Vertragspaket mit der Europäischen Union, das bei den Anwesenden zahlreiche Fragen aufwarf. Auch die Finanzierung der 13. AHV-Rente, die Inklusionsinitiative, die vorgesehene Sammlung von Gesundheitsdaten sowie ein kostspieliges Prestigeprojekt sorgten für Gesprächsstoff und angeregte Diskussionen. Der Anlass zeigte, wie gross das Interesse an der nationalen Politik und ihren Auswirkungen auf die Bevölkerung ist. Der direkte Austausch mit unseren Nationalräten ermöglichte es den Teilnehmenden, Fragen zu stellen, unterschiedliche Sichtweisen einzubringen und politische Zusammenhänge besser zu verstehen.
Die SVP Eschenbach bedankt sich bei Franz Grüter und Vroni Thalmann für ihre Ausführungen sowie bei allen Gästen für die Teilnahme und die engagierten Diskussionen. *René Grubenmann, SVP Eschenbach LU / Präsident*

EU-VERTRÄGE: FRANZ GRÜTER WARNT VOR WEITREICHENDEN FOLGEN

Gut besucht war die Informationsveranstaltung vom 29. Oktober 2026 im Ochsensaal Grosswangen. Nationalrat Franz Grüter erläuterte die geplanten EU-Verträge und zeigte auf, welche weitreichenden Folgen diese aus seiner Sicht für die Schweiz, aber auch für Kantone und Gemeinden hätten.

Im Zentrum standen die dynamische Rechtsübernahme, die Rolle des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), die zu erwartenden Ausgleichsmassnahmen sowie die erweiterte Personenfreizügigkeit. Besonders kritisch beurteilte Grüter, dass die Schweiz dafür zusätzlich Milliardenbeträge an die EU bezahlen müsste.
Deutliche Kritik übte er auch am Tempo der parlamentarischen Behandlung. Positiv wertete er hingegen, dass sich der Ständerat für das obligatorische Referendum mit Ständemehr ausgesprochen hat. Im Dezember wird sich der Nationalrat mit dem Geschäft befassen.
Für Grüter steht fest: Die Auseinandersetzung um die EU-Verträge könnte zur bedeutendsten europapolitischen Abstimmung seit dem EWR-Nein von 1992 werden.
Für die musikalische Umrahmung des gelungenen Anlasses sorgten die Rottal Musikanten. *red.*



Nationalrat Franz Grüter erklärt das politische Bern.

TERMINE

23. November 2026
Nominationsversammlung SVP Wahlkreis Sursee,
Restaurant Ochsen, Grosswangen

29. November 2026
Eidgenössische und Kantonale Abstimmung

IMPRESSUM

Das «SVPkonkret» erscheint monatlich und kann unter **www.svp-lu.ch** gelesen und heruntergeladen werden.
Zudem soll auch den Ortsparteien eine Plattform für ihre politische Arbeit geboten werden.
Bei Interesse kontaktieren Sie das Sekretariat der SVP Kanton Luzern: **sekretariat@svplu.ch**

Konzept:
SVP Kanton Luzern, Redaktion und Layout: Roland Staub

Redaktionsverantwortung:
SVP Kanton Luzern, sekretariat@svplu.ch